

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Dresdner Polizei ist schuld  
Haussuchung bei SAP

Die Berliner SPD-Demonstration  
Französische Regierungskrise

Arbeitersport und Sportabzeichen

Geplatzt Wirtschaftswunder  
Wie es heute in Amerika aussieht

# Hitler Reichskanzler!

## Alarm für die ganze Arbeiterklasse

### Weiter im Kampf für die Einheitsfront!

Die vergangene Woche hat eine Reihe von Ereignissen gebracht, die auf die deutsche Arbeiterklasse im äußersten Maße aufrüttelnd wirken müßten. Vor acht Tagen, am Sonntag, in Berlin die provozierende Nazi-Demonstration vor dem Karl-Liebknecht-Haus mit dem empörenden Verhalten der Polizei, den Gummiknüppelattacken gegen die Proleten und den sich anschließenden Urteilen gegen Arbeiter, die ihrem Protest gegen die nationalsozialistische Provokation Ausdruck verliehen hatten. Am Mittwoch in Dresden das blutige Schießen der Polizei in eine friedliche Arbeiterversammlung, mit dem Ergebnis, daß 8 Menschen erschossen und zu Tode getrampt, weit mehr noch schwer verletzt wurden. Am Sonnabend der Sieg der Deutschenationalen und Nationalsozialisten im Kampf um die Regierungsbildung, der Triumph der Freunde und Wegbereiter der Hohenzollern.

Und fast zur gleichen Stunde, in der in Berlin das Kabinett Schleicher gestürzt wurde, mußte in Paris die Regierung Paul-Boncour weichen. Gewiß ist die Situation in den beiden Ländern nicht ohne weiteres vergleichbar, gewiß ist in Frankreich die Wirtschaftskrise noch nicht bis zu den Ausmaßen vorgeschritten wie in Deutschland und dort eine politische Reaktion von der Brutalität und Borniertheit wie in Deutschland nicht oder noch nicht vorhanden. Aber wenn man sagen kann, daß die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs etwa der Deutschlands im Jahre 1930 ähnelt, so kann man auch unschwer folgern, daß die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in der großen Linie der deutschen entsprechen und Frankreich binnen kurzem da angelangt sein wird, wo wir heute in Deutschland stehen. Es sei denn, daß die französische Arbeiterschaft anders als die deutsche den Weg zu gemeinsamem Widerstand, zu geschlossener Abwehr, zu einheitlichem Kampf findet! Diese Voraussetzungen sofort zu schaffen — in Frankreich in vorletzter, in Deutschland wahrlich in letzter Stunde! — das ist die große Aufgabe in beiden Ländern. Kein denkender Arbeiter braucht noch ein Wort der Begründung für diese Forderung, deren Notwendigkeit jeder einzelne erkennt!

Und doch wird von der Führung der großen Arbeiterorganisationen in Deutschland diese unbedingte Notwendigkeit auch heute noch sabotiert! Als Antwort auf die Berliner Naziprovokation hat die KPD am Mittwoch, die SPD am Sonntag demonstriert. Krasser kann sich der Wahnsinn dieser Taktik der beiderseitigen Führerkliquen gar nicht mehr zeigen! Soll es auch in den entscheidenden Auseinandersetzungen so kommen, daß die eine Hälfte der klassenbewußten Arbeiter an dem einen, die andere an einem anderen Tage den Kampf aufnimmt oder daß gar nach dem Willen dieser Führungen die Arbeitermassen gegeneinander schlagen? Diese Fragen aufwerfen, heißt zugleich das Urteil über diese Politik sprechen!

Was in Berlin nicht möglich war, ist leider auch in Dresden nicht gelungen. Wir berichteten an anderer Stelle, daß alle Bemühungen, eine einheitliche machtvolle Protestaktion der Arbeiterschaft zustande zu bringen, am Verhalten der Partei- und Gewerkschaftsbürokraten gescheitert sind. Der Wille der Proletariermassen war ohne Zweifel auf ein solches einheitliches Auftreten gerichtet. Wie lange wollen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter noch mit sich Schindluder treiben lassen?

Die Zeichen der politischen Entwicklung in Deutschland stehen auf Sturm. Wenn

Nach Redaktionsschluß erfahren wir:

Berlin, 30. Januar.

CNB. Der Reichspräsident empfing heute vormittag Adolf Hitler, sowie den früheren Reichskanzler von Papen zu einer längeren Besprechung.

Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

Reichskanzler n. D. von Papen wurde zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen berufen; Freiherr von Neurath bleibt Reichsaußenminister; Staatsminister n. D., Mdr. Dr. Frick, Reichsinnenminister; Generalleutnant Freiherr von Blomberg, Reichswehrminister; Graf Schwerin von Krosigk bleibt Reichsfinanzminister; Geheimrat Mdr. Dr. Hugenberg, Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; Franz Seldte, Reichsarbeitsminister; Freiherr von Elz-Rübenach, Reichspostminister und Reichsverkehrsminister.

Reichspräsident Goering, Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für den Luftverkehr.

Goering wurde gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministeriums betraut.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, wurde in seinem Amte bestätigt.

Justizministerium bleibt vorläufig noch offen.

Reichskanzler Hitler wird, wie wir hören, noch heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen.

Das neue Kabinett tritt zu seiner ersten Sitzung heute nachmittags um 5 Uhr zusammen.

Das ist ein Kabinett, das aus lauter ausgesprochenen Arbeiterfeinden besteht.

Es bedeutet für die Arbeiterklasse Alarm zum Widerstandskampf mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln.

Während des ganzen Sonntags hat Herr v. Papen gemäß dem Auftrage des Reichspräsidenten mit den Nationalsozialisten und den Deutschenationalen verhandelt und auch mit dem Zentrum auf indirektem Wege Fühlung genommen. Parallel laufen Bemühungen, die vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei ausgehen und offenbar das Ziel haben, eine direkte Verständigung dieser beiden Parteien mit den Nationalsozialisten herbeizuführen.

nicht alles trägt, treten wir in die schärfsten und akutesten Auseinandersetzungen der Klassen ein. Die SAP hat in ihrer Prinzipienklärung und ihrem Aktionsprogramm diese Entwicklung klar vorausgesagt und sie hat jetzt (wie schon immer!) in Berlin und Dresden und in allen anderen Orten dem Proletariat den einzigen Rettungsweg, den Weg des gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfes aller Arbeiter-

### Zentrum wartet ab

Die Reichstagsfraktion des Zentrums befaßte sich am Sonnabend mit den neuesten politischen Ereignissen. Die Haltung des Zentrums wird nach den dort gefaßten Beschlüssen zunächst abwartender Natur sein.

### Deutsche Volkspartei protestiert

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm in ihrer heutigen Sitzung zur politischen Lage Stellung. Es kam die große Erregung darüber lebhaft zum Ausdruck, daß durch politische Wühlerereien eine neue Krise entstanden ist. Durch solche Methoden der fortgesetzten Beunruhigung unseres öffentlichen Lebens, die jede Staatsführung unmöglich machen, wird die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufstieg, sozialen Frieden und staatlichen Aufbau in unserem Volke zerstört. Besonders ist zu verurteilen, daß eine Regierung zum Sturz gebracht worden ist, ohne daß irgendein klarer Weg für die weitere politische Entwicklung erkennbar ist. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei lehnt die Verantwortung für die aus der neuen Regierungskrise sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen nachdrücklich ab.“

### Echt Staatspartei!

Die Reichsführung der Deutschen Staatspartei gibt eine Erklärung heraus, in der es u. a. heißt:

„Reichspräsident und Reichstag, die beide vom Volke gewählt sind, haben jetzt die unveräußerliche Verantwortung, eine Regierung der demokratischen Autorität zu schaffen und durchzusetzen, denn es gibt kein Vertrauen jenseits der Verfassung. Wenn der Staat bei heillosen Verschärfung aller Gegensätze erst einmal zum Spielball der Revolution wird, dann geht die Freiheit der Nation verloren.“

### Keine Reichstagsitzung!

Der nationalsozialistische Reichspräsident Goering hat die für den morgigen Dienstag angesetzte Reichstagsitzung abgesagt. Diese eigenmächtige Handlung steht in krasser Widerspruch zu den Beschlüssen des Ältestenrats, durch die ausdrücklich festgelegt worden war, daß unter allen Umständen, auch im Falle einer Regierungskrise, der Reichstag am Dienstag zusammentreten solle. Die Fraktionen der SPD und der KPD haben gegen diese Handlungsweise Goerings schärfsten Protest eingelegt und die Einberufung des Ältestenrats noch für den heutigen Montag gefordert.

Wie wir erfahren, ist der Ältestenrat des Reichstages daraufhin für heute nachmittags 3 Uhr einberufen worden.

### Gewerkschaftsspitzen erflehen Hilfe von Hindenburg

Berlin, 28. Januar.

CNB. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring (Hirsch-Duncker) Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben an den Reichspräsidenten gemeinsam folgendes Telegramm gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichspräsident! In tiefer Sorge über die unser Volk beunruhigenden und bedrohenden politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernsten Lage zusammengetreten. Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzeln, Ihren entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben gleichzeitig um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachgesucht.

Ein ähnliches Telegramm haben außerdem noch die christlichen Gewerkschaften für den Bezirk Rheinland-Westfalen an Hindenburg geschickt.

Des weiteren hat Braun im Namen der preußischen Schattenregierung ein Schreiben mit ähnlichen Warnungen an den Reichspräsidenten gesandt. Braun fordert „Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen die Hochverräter“, die das Parlament gänzlich beseitigen wollen. Die hier zum Ausdruck kommende politische Naivität bzw. bewusste Täuschung der Arbeiterschaft kann nicht übertroffen werden.

Macht geht vor Recht! Das ist der Grundsatz, der heute wie immer entscheidet. Daher ist alle Bettelei bei Hindenburg nicht nur für die Katz, sondern direkt schädlich, weil sie durch Erweckung schädlicher Hoffnungen von den notwendigen Kumpfmassnahmen ablenkt.

Nur wenn die Gewerkschaften, die Arbeiterklasse ihre Macht in Massenversammlungen, Demonstrationen und in ganz bestimmten Vorbereitungen zu Massenkämpfen und Massestreiks einsetzen und sofort zur Geltung bringen, werden sie dem Klassengegner den notwendigen Respekt einflößen.

Sie brauchen dann nicht mehr zu bitten, zu „mahnen“ und zu betteln, sondern dann, nur dann können sie mit Nachdruck fordern und ihren Willen durchsetzen. Deshalb kommt jetzt alles darauf an, die Massen zu mobilisieren und

einheitliche Massnahmen der ganzen Arbeiterklasse zu erzwingen.

### Ludwig Renn aus der Haft entlassen

Berlin, 29. Januar.

CNB. In der Voruntersuchung gegen den Schriftsteller Arnold Vieth von Golsenau, genannt Ludwig Renn, hat der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts auf Antrag des Oberreichsanwalts den Haftbefehl aufgehoben. Renn wird heute aus der Untersuchungshaft entlassen.



Wieder eine SPD-Säule geborsten

Wer kennt im Landkreis Breslau nicht den großen Mann der SPD, den August Klose aus Groß-Mochberg...

Am 27. Januar stand da eine kleine Notiz in der 'Volkswacht' unter der Schlagzeile 'Notwendige Parteibereinigung'...

Wir wundern uns seit Monaten, daß die SPD zu den politischen Tagesfragen nur unzulänglich oder gar nicht Stellung nimmt...

Gegen den Schandparagrafen

Die Proletarische Kultur-Gemeinschaft veranstaltete am Sonntag vormittag im Proleten eine Frauen-Kundgebung gegen den mordenden Paragraphen 218.

Die geschlossene Behandlung eines solchen Sonder-Themas des proletarischen Befreiungskampfes hat sich als sehr nützlich erwiesen. In Rezitationen, Szenen und Songs wurde von den Genossen der Veranstaltungsgruppe der PKG die Bedeutung des Paragraphen 218 in rein klassenmäßiger Beziehung aufgezeigt...

Gen. Ernst Eckstein faßte in seiner Ansprache noch einmal alle Gedanken zusammen, welcher es bei der Behandlung des Paragraphen 218 bedarf. Die ganzen Greuel, welche die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren Gesetzen auch an den werktätigen Frauen verübt, werden darum erst verschwinden in einer solidarischen Gesellschaftsordnung...

Den nachfolgenden Film: 'Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin' haben wir bereits bei anderer Gelegenheit besprochen. Es sei noch einmal gesagt: Dieser Film versucht, bei allen Schwächen, die ihm anhaften, immerhin ein einigermaßen getreues Bild von der unsäglichen Not der proletarischen Frauen zu geben.

Rotes Kabarett

Die Abteilung Süd-West der Breslauer Parteioorganisation veranstaltete am Sonntag nachmittags ein Rotes Kabarett. Im zum Brechen überfüllten Saale der Wartburg wurde ein mit großer Mühe ausgestattetes und sich über drei Stunden hinziehendes Programm gezeigt.

Gen. Walter Fabian hielt eine zündende Ansprache, in der er die politischen Ereignisse der letzten Tage in den Vordergrund rückte und zur höchsten Einsatzbereitschaft aller proletarischen Kräfte aufforderte.

Es dämmert beim KJV

'Wir sind nur für Einheitsfront von unten', wie oft haben wir das hier in Breslau gehört und sind zu keiner Einheitsfront gekommen. Am Freitag, den 27. Januar, war das Heim 2 des SJV beim KJV-Ost zu Gast zu einem Diskussionsabend.

'Die gemeinsame Diskussionsveranstaltung vom 27. 1. 1933 des KJV mit SJV im Ohlauer-Tor erkennt die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Maßnahmen der Regierung gegen die proletarische Jugend (Zwangskurse, Freiwilliger Arbeitsdienst, Notwerk der Jugend usw.)...

Daß man sich auf diese Entschließung einigen konnte, nach verhältnismäßig kurzer Debatte, zeigt nur, wie gut es geht, wenn sich nur nicht die BL-Bürokratie des KJV einmisch.

Entschließung zum Parteitag

Der heutigen Mitgliederversammlung der Breslauer SAP wird von den Genossen Eckstein und Kistein gemeinsam folgende Entschließung für den Parteitag die den Breslauer Standpunkt einheitlich festlegen soll, vorgelegt werden:

'Die Existenz der SAP ist notwendiger als jemals. Ihre Aufgabe ist es, in enger Verbindung mit allen Strömungen innerhalb des Proletariats durch zielklare Politik die in der Arbeiterschaft sich häufende Erbitterung in Massaktionen umzusetzen und die Kampf-

Heute 19 Uhr Beginn pünktlich wichtige Mitgliederversammlung im Schießwerder

kraft des Proletariats zu steigern, bis es für den letzten Machtkampf reif ist.

Um ihren Aufgaben zu genügen, muß die Partei in ihren Reihen den demokratischen Zentralismus verwirklichen, der besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassung, in der Initiative und Verantwortung der Führung, in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidung durch die Mitglieder und die unteren Organisationen sichert, sowie in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen, von diesen Grundsätzen ausgehend, erwartet die Breslauer Organisation vom Parteitag, daß

Brieger Stadtparlament

Unsere Genossen kämpfen mit Erfolg für die Winterhilfe der Erwerbslosen — Massen-Aufmarsch der Erwerbslosen unter Führung der Gewerkschaften

(Sonderbericht der SAZ)

Der Ausgang unserer in der letzten Woche stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde von der ganzen Arbeiterschaft Briegs mit großer Spannung erwartet. Wußte doch jeder Erwerbslose, daß der Antrag zur Winterhilfe des freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschusses, den die SPD-Fraktion sich geweigert hat, in der Dezember Sitzung des Stadtparlaments einzubringen und dafür lieber nur eine 'große Anfrage' an den Magistrat stellte, nunmehr von den Stadtverordneten der SAP eingebracht, zur Beratung auf der Tagesordnung stand. Gleichzeitig rief der ADGB alle Erwerbslosen zur außerparlamentarischen Aktion, zu einem Massenaufmarsch auf. Die KPD, wie immer ängstlich darauf bedacht, ihr Parteispüchchen zu kochen, rief ihre Anhänger zu einer Sonderdemonstration auf. Sie schlossen sich aber dann doch dem Gewerkschaftszug an, nachdem sie feststellen mußten, daß hinter dem freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschuß die größeren Massen standen.

Nach Beginn der ersten Sitzung des Jahres wurde der Vorstand, bestehend aus je zwei Mitgliedern der Bürgerlichen und SPD-Fraktion wiedergewählt. Darauf kam es zur Wahl von 27 Mitgliedern der Finanz-, Grundstücks- und Wahlvorschlagskommission. Da die SAP im Stadtparlament mit zwei Sitzen genau so stark ist, wie die Nazis, beantragte Genosse Nagel die Wahl des Genossen Deumlich in die Grundstücksdeputation, da die Nazis in diesen Kommissionen sogar zwei Sitze innehaben.

Unser Antrag wurde von der SPD-Fraktion abgelehnt, die aber im gleichen Zuge für die Wiederwahl der Nazis in die Kommissionen stimmte.

Sehr lehrreich! Während der Erledigung eines Antrages auf Erhöhung der Berufsschulbeiträge von 32 auf 44 Prozent und einiger kleinerer Vorlagen, marschierten zirka 1000 Erwerbslose auf der Ostseite des Ringes trotz grimmiger Kälte auf und Genosse Deumlich als Ortsausschußvorsitzender des ADGB stellte und erläuterte in einer kurzen Ansprache nochmals die Forderungen der Erwerbslosen. Nach diesem Aufmarsch marschierte der städtische Demonstrationzug in den Saal des Wintergartens, wo nach einem Vortrag unseres Genossen Kaiser, Vorsitzender der hiesigen Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes, die Versammlung auf das Ergebnis der Beratungen im Stadtparlament wartete.

In dieser Zeit wogte der Redekampf in der Stadtverordnetenversammlung um unseren Antrag. Genosse Deumlich besprach ganz eingehend die Notwendigkeit des Antrages und die von uns eingebrachten Deckungsvorschläge, die die Vertreter des Magistrats allerdings kaum anerkennen wollten. Bei der Rede des kommunisten Flegel, der eine Anzahl persönlicher An-

griffe gegen Magistratsvertreter führte, verließen diese geschlossen den Saal. Von der SPD sprach einer der drei Unterzeichner unseres Antrages, der Genosse Madai, ebenfalls im Sinne der aufgestellten Forderungen. Gegen die Behauptung des Führers der bürgerl. Fraktion, des hiesigen deutschen Parteivorsitzenden Studienrat Haßner, daß unser Antrag nur einen Agitationswert habe, wandte sich Genosse Nagel mit aller Entschiedenheit. Unter der bürgerlichen Fraktion entstand lebhafteste Unruhe, als unser Genosse zum Vergleich dabei auf den Skandal bei der Osthilfe hinwies, wo den Großgrundbesitzern das Geld förmlich in den Rachen geworfen wurde. Einer ebenso scharfen Kritik wurde von uns die Art, wie in Brieg die Winterhilfe durchgeführt wurde, unterzogen. Das Wohlfahrtsamt hat wohl dazu fleißig aufgerufen, aber die Verteilung den privaten Wohlfahrtsvereinen überlassen, so daß die Erwerbslosen gezwungen sind, bei den 'gnädigen Frauen' um eine Gabe zu bitten. Wir verlangten daß diese entwürdigende Art der Wohlfähigkeit, die nach politischen und konfessionellen Einstellungen spendet, beseitigt wird und Saal und Gemeinde das Wohlfahrtswesen ganz leiten. Natürlich rümpften zu diesen allen sozialdemokratischen Forderungen die Vertreterin des Vaterländischen Frauenvereins und der der Arbeiterwohlfahrt gleichmäßige die Nasen und murmelten so etwas wie Unerhörtheit. Die Tribünenbesucher, zum großen Teil Erwerbslose, protestierten auch mit Zwischenrufen gegen die Art, wie Vertreter des Magistrats und der bürgerlichen Fraktion das Erwerbslosenproblem behandelten. Mehrere wurden aus dem Saal gewiesen. Oberbürgermeister Peppel, der erklärte, daß die Kommunen außerstande sind, die Not der Erwerbslosen zu lindern, die unter den heutigen Verhältnissen auch gar nicht mehr zu beseitigen sei, wurde vom Genossen Deumlich aufgefordert, sich in die Front derer einzureihen, die diese elenden wirtschaftlichen Verhältnisse entschieden ändern wollen. Antwort: Das könne er nicht!

Werbemethoden der KPD-Bezirksleitung

Die KPD-Bezirksleitung verbreitet an SAP-Mitglieder ein Rundschreiben, das in der üblichen Art zum kommenden Parteitag der SAP Stellung nimmt.

Wie wenig informiert die KPD-Bezirksleitung ist, geht schon aus dem ersten Satz dieses Rundschreibens hervor, in dem nämlich behauptet wird, daß der Parteitag der SAP am 29. Januar stattfindet, während doch jeder politisch interessierte Prolet weiß, daß der Parteitag für den 18. und 19. Februar angesetzt ist. Der sonstige Inhalt dieses Schreibens, das all die alten bekannten Lügen und Verleumdungen gegen die SAP wieder aufwärmt, zeigt so recht, die Unfähigkeit der KPD-Bezirksleitung. Auf das politische Programm wird überhaupt nicht eingegangen, um das zurzeit ernsthaft in der SAP gerungen wird.

Die KPD hätte allen Grund, auch in ihren Reihen, bei der augenblicklichen Lage der jetzigen Arbeiterbewegung und unter Berücksichtigung der gesamtpolitischen Situation, ernsthaft Stellung zu nehmen zu diesem Programm. Es wird kein Mensch von uns erwarten, daß wir alle mit einem solchen Machwerk politischer Unfähigkeit und politischer Demagogie beschäftigen. Unsere Mitglieder, denen dieses plumpe Rundschreiben zugeht, die wissen zu gut Bescheid, daß die Dinge innerhalb unserer Organisation anders liegen. Mit solchen Methoden könnte man höchstens unter der Mitgliedschaft der KPD werben gehen, weil die in unorganisatorischen Aufbau in keiner Weise beteiligt sind. Innerparteiliche Diskussionsfreiheit und Demokratie sind für die Bezirksleitung der KPD unbekannte Begriffe.

Wir forderten in unserem Antrag die Zurückziehung dieses Maßstabsbeschlusses und kostenlose Lieferung dieser Gebrauchsartikel, da bei den niedrigen Unterstützungssätzen der Arbeitslosen eine auch anteilige Bezahlung eine Härte darstellt. Diesen Teil unseres Antrages lehnte leider der Magistrat ab. Bei der Abstimmung wurden die Maßstabsanträge angenommen und damit war unserem Vorstoß doch ein Teilerfolg beschieden.

Um zur Milderung des Erwerbslosenlebens auch ihren Teil beizutragen, brachte die SPD-Fraktion eine Entschließung an die Reichsregierung ein, in der es u. a. heißt:

'Die Stadtverordneten-Versammlung sieht den einzigen Ausweg aus der Notlage und eine wirkliche Hilfe für die Bedürftigen nur in einer Senkung der Preise und der Mieten.' Und am Schluß:

'Wirkliche Nothilfe ist: Herunter mit den Mieten, herunter mit den Preisen, herunter mit den Zinsen und Steuern.' Gleichzeitig belonte der SPD-Fraktionsführer Pieterek, daß seine Fraktion nie Anträge stellt und stellen werde, für die keine genügende Deckung vorhanden ist.

Da nun nichts billiger ist, als solche Entschließungen, stimmte auch die bürgerliche Fraktion ohne Debatte dazu. Anschließend machte der Stadtrat einige Mitteilungen über die Forderungen der Stadt zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. Ob die gewünschten Reichsmittel fließen werden, das steht auf einem anderen Blatte.

Im überfüllten Saal des Wintergartens berichtete inzwischen Genosse Deumlich über den Verlauf der Stadtverordnetenversammlung und das, was für die Erwerbslosen dabei von uns erreicht werden konnte. Der KPD-Stadlverordnete Flegel erkannte in der Diskussion an, daß beide SAP-Genossen im Stadtparlament das Möglichste für die Erwerbslosenhilfe herauszubekommen bemüht waren. Genosse Deumlich forderte zum Schluß alle Erwerbslosen auf, ohne Unterschied der Partei, noch geschlossener zusammen zu stehen, um durch machtvolle außerparlamentarische Aktionen ihren gerechten Forderungen noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Zeitkarten

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat Februar 1933 werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Dienstag, den 31. Januar und Mittwoch, den 1. Februar 1933 ist die Verkaufsstelle Elisabethstr. 4 von 8-18 Uhr geöffnet.

Noch einmal „Schwerin u. Söhne“

In unserer Nummer vom 2. Dezember des vorigen Jahres berichteten wir über eine Klage unseres Genossen Smelarek vor dem Arbeitsgericht gegen seine unberechtigte Entlassung bei der Textilfirma Schwerin und Söhne A.-G. Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein wird, war das Verhalten des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden ebenso skrupellos, wie das des scharfmacherischen Unternehmers.

Nachdem die Klage damals abgewiesen wurde, kam die Angelegenheit dieser Tage vor die Berufungsinstanz. Hier wurde sie erneut abge wiesen, nachdem ein vom Vorsitzenden gemachter Vergleichsvorschlag, der die Wiedereinstellung unseres Genossen S. an sechster Stelle vorsah, falls im Laufe eines Jahres sechs Schlosser eingestellt werden, keine Zustimmung fand. Selbstverständlich war ein solcher Vorschlag, der faktisch auf eine Nichtexistenz hinausläuft, für unseren Genossen S. gar nicht diskutabel.

So juristisch einwandfrei der Fall auch liegt und eigentlich nur mit einer Wiedereinstellung des Genossen S. enden mußte, so zeigt doch umgekehrt auch dieser Fall, wie die Arbeitsgerichte ihren faschistischen Charakter immer mehr zu Tage treten lassen.

Spinale Kinderlähmung

Trebnitz, 29. Januar. In Pristelwitz wurde ein Fall von spinaler Kinderlähmung festgestellt.

Mit der Lötflamme verbrannt

Nimptsch, 29. Januar. Als der Schmiedemeister Scheu nert aus Kunsdorf die eingefrorene Wasserleitung auftauen wollte, schlug die Flamme des Lötapparates plötzlich zurück und verbrannte ihn im Gesicht und an den Armen aufs schwerste. Seine Kleider hatten auch bereits Feuer gefangen, doch hatte er noch die Geistesgegenwart, sich in den Schnee zu werfen, wodurch er dem sicheren Tode entging.

Der Kapitalismus mordet

Frankenstein, 28. Januar. Der landwirtschaftliche Arbeiter L. in Fadelwitz hat sich in seiner Wohnung an einer Türklinke erhängt. Als Grund zur Tat vermutet man wirtschaftliche Not.

Kohlengasvergiftung

Lüben, 28. Januar. In Groß-Kotzenau wurde die Frau Martha Lorenz in der Küche von ihren Söhnen tot aufgefunden. Als ihre Kinder am Abend schlafen gegangen waren, war sie noch in der Küche geblieben und hatte dabei den Schieber am Küchenofen geschlossen. Der Arzt stellte Kohlengasvergiftung fest.





